

Annemarie Aumann

Arbeitsunfall 4.0

Die Abgrenzung privater und beruflicher Risikosphären
in der modernen Arbeitswelt



Nomos

**Studien aus dem Max-Planck-Institut
für Sozialrecht und Sozialpolitik**

Band 72

Annemarie Aumann

Arbeitsunfall 4.0

Die Abgrenzung privater und beruflicher Risikosphären
in der modernen Arbeitswelt



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-5426-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-9596-1 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	21
A. Forschungsfrage	21
B. Stand der Forschung	24
C. Gang der Untersuchung	26
Kapitel 1: Die Dogmatik des Arbeitsunfalls der Beschäftigten <i>de lege lata</i> , § 8 Abs. 1 SGB VII	29
A. Der Zuordnungsmechanismus im Überblick	29
B. Der erfasste Personenkreis: Beschäftigte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB	30
C. Der Unfall als schädigendes Ereignis	31
D. Eröffnung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzbereichs	43
E. Die haftungsbegründenden Kausalitäten	78
F. Zwischenergebnis	99
Kapitel 2: Grundprinzipien der Unfallversicherung vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels	101
A. Relevanz für die Abgrenzung von Arbeits- und Privatunfall	101
B. Entstehung und Ausgestaltung der gesetzlichen Unfallversicherung	102
C. Grundprinzipien der Risikoverteilung in der Unfallversicherung	110
D. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts	127
E. Entgrenzte Arbeit	135
F. Fazit: Bedeutung der modernen Arbeitswelt für die Unfallversicherung	142

Inhaltsübersicht

Kapitel 3: Konkrete Auswirkungen entgrenzter Arbeit auf die Reichweite des Unfallversicherungsschutzes	144
A. Arbeitsunfall und Homeoffice	144
B. Arbeitsunfall und mobile Arbeit	204
C. Arbeitsunfall und ständige Erreichbarkeit	212
D. Lösungs- und Regelungsvorschläge zum Unfallversicherungsschutz bei entgrenzter Arbeit	220
Kapitel 4: „Umgekehrte“ Entgrenzung: private Tätigkeiten am Arbeitsplatz	227
A. Notwendigkeit einer Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf nicht berufliche Tätigkeiten	227
B. Beamtenrechtlicher Dienstunfall bei privater Tätigkeit im Vergleich	229
C. Regelungsvorschlag: Vertragskonformes privates Verhalten während der Arbeit als versicherte Tätigkeit	263
Schluss	272
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	272
B. Vorschlag zur Neufassung des § 8 SGB VII	274
Literaturverzeichnis	277

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	21
A. Forschungsfrage	21
B. Stand der Forschung	24
C. Gang der Untersuchung	26
Kapitel 1: Die Dogmatik des Arbeitsunfalls der Beschäftigten <i>de lege lata</i> , § 8 Abs. 1 SGB VII	29
A. Der Zuordnungsmechanismus im Überblick	29
B. Der erfasste Personenkreis: Beschäftigte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB	30
C. Der Unfall als schädigendes Ereignis	31
I. Der Unfall als Ereignis	31
II. Einwirkung von außen	32
1. Zweck des Merkmals	32
2. Der Begriff der Einwirkung	32
3. Klassische Abgrenzung von der inneren Ursache	33
4. Weite Auslegung der neueren Rechtsprechung	35
a. Gewillkürte Handlungen als äußere Einwirkungen: das Heben schwerer Gegenstände	35
b. Problem der Identifikation der relevanten Einwirkung: die Zugführer-Fälle	37
c. Das Problem der beherrschbaren, irrtümlichen Herbeiführung des Unfalls	38
III. Scheinmerkmal „auf den Körper“	40
IV. Das Merkmal „zeitlich begrenzt“	40
V. Der Primärschaden	41
1. Zur Prüfungsreihenfolge	41
2. Gesundheitsschaden oder Tod, § 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII	42
D. Eröffnung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzbereichs	43
I. Terminologie und Funktion des Kriteriums	43

Inhaltsverzeichnis

II. Die zu verbindenden Elemente	45
1. Geschützte Tätigkeit	45
2. Die tatsächliche Verrichtung	45
III. Der sachliche Zusammenhang in § 8 SGB VII	47
1. Terminologie	47
2. Der sachliche Zusammenhang zwischen tatsächlicher Verrichtung und geschützter Tätigkeit	48
a. Streit um kausale oder finale Natur der Bestimmungsmodalität	48
b. Dogmatik des sachlichen Zusammenhangs	50
c. Abgrenzung zu privaten Tätigkeiten in Gemengelagen	53
aa. Sogenannte „eigenwirtschaftliche“ Tätigkeiten	53
bb. Unerhebliche Unterbrechung durch private Tätigkeit	54
cc. Gespaltene Handlungstendenz	56
dd. Gemischte Tätigkeit	57
ee. Besondere Betriebsgefahr	59
d. Kritik am Kriterium des sachlichen Zusammenhangs	61
IV. Vom sachlichen Zusammenhang zur „Erfüllung des Versicherungstatbestands“	63
1. Sprachliche Neuetikettierung oder Einschränkung des Versicherungsschutzes?	63
a. Rein terminologische Änderung	63
b. Einschränkung des Versicherungsschutzes	66
2. Begründung der Änderung durch das BSG	69
3. Kritik am Merkmal „Erfüllung des Versicherungstatbestands“	73
4. Resümee	77
E. Die haftungsbegründenden Kausalitäten	78
I. Kausalität im Recht	78
1. Terminologie der haftungsbegründenden Kausalitäten	78
2. Kausalität im Recht	80
II. Kausalität im Unfallversicherungsrecht: die Theorie der wesentlichen Bedingung	82
1. Anwendungsbereich	82
2. Entwicklung der Theorie der wesentlichen Bedingung	83
a. Notwendigkeit einer eigenständigen Kausalitätstheorie für das Unfallversicherungsrecht	83

b. Historische Entwicklung und Implementation durch die Sozialgerichte	85
3. Die heutige Form der Theorie der wesentlichen Bedingung	86
a. Grundsätze und Begriffe	86
b. Terminologische Unsicherheiten	88
c. Kritik an der Theorie der wesentlichen Bedingung als reiner Wertungsakt	89
III. Unfallkausalität	92
1. Abgrenzung zum Schutzbereich und zu anderen Kausalitäten	92
2. Vermutung im Regelfall	93
3. Problematische Fallgruppen	94
a. Gelegenheitsursache	94
b. Gemischte Tätigkeit	96
c. Eingebrachte Gefahr	96
d. Unerhebliche Unterbrechung	97
IV. Haftungsbegründende Kausalität im engeren Sinne	97
1. Der Zusammenhang zwischen Unfallereignis und Primärschaden	97
2. Problemfall „Schadensanlage“	98
F. Zwischenergebnis	99
 Kapitel 2: Grundprinzipien der Unfallversicherung vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels	101
A. Relevanz für die Abgrenzung von Arbeits- und Privatunfall	101
B. Entstehung und Ausgestaltung der gesetzlichen Unfallversicherung	102
I. Sozialpolitischer Anstoß für die Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung: Risikoverteilung vor 1884	102
II. Rechtstechnische Ausgestaltung des Unfallversicherungsschutzes	107
C. Grundprinzipien der Risikoverteilung in der Unfallversicherung	110
I. Betriebsrisikolehre und Prinzip der Haftungersetzung	110
1. Die Zurechnung von Risiken nach Sphären	110
2. Beherrschbarkeitsargument	113
3. Gewinnerzielungsargument	117
4. Das Prinzip der Haftungersetzung als Rechtsgrund und Übertragungstechnik	119

Inhaltsverzeichnis

II. Soziales Schutzprinzip und Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	122
D. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts	127
I. Überblick über die Unfallversicherung heute	127
II. Tertiarisierung und Digitalisierung	131
III. Subjektive Modernisierung der Arbeitswelt	133
E. Entgrenzte Arbeit	135
I. Entbetrieblichung: örtliche und zeitliche Flexibilität im Arbeitsverhältnis	135
II. Fortschreitende Erosion zwischen Arbeits- und Privatleben	138
1. Eindringen der Arbeit ins Private	138
2. Übergreifen des Privaten in die Arbeit	140
F. Fazit: Bedeutung der modernen Arbeitswelt für die Unfallversicherung	142
 Kapitel 3: Konkrete Auswirkungen entgrenzter Arbeit auf die Reichweite des Unfallversicherungsschutzes	144
A. Arbeitsunfall und Homeoffice	144
I. Begriff, Bedeutung und Ausmaß von Arbeit im Homeoffice	144
II. Unfall bei Arbeitstätigkeit am häuslichen Arbeitsplatz	147
III. Verrichtungen mit gespaltener Handlungstendenz bei häuslicher Arbeit	150
IV. Betriebswege innerhalb des häuslichen Bereichs	155
1. Widmung des Unfallorts als maßgebendes Kriterium	155
a. Häufigkeit der Nutzung des Unfallortes zu betrieblichen Zwecken als maßgebliches Kriterium	155
b. Keinerlei Unfallschutz für Wege innerhalb eines Wohngebäudes	160
2. Die Handlungstendenz als entscheidendes Kriterium	161
a. Entwicklung in der Rechtsprechung	161
b. Herleitung aus Betriebsrisiko- und sozialem Schutzprinzip	162
V. Wege zur Nahrungsaufnahme aus dem Homeoffice	166
1. Das Urteil des BSG vom 5.7.2016	166
2. Versicherungsschutz für Wege zur Nahrungsaufnahme innerhalb des häuslichen Bereichs	169
a. Im Lichte der Betriebsrisikolehre	169
b. Im Lichte des sozialen Schutzprinzips	173
aa. Präventionsaspekt	173

bb. Im Lichte der Fürsorgepflicht	176
c. Unter Anwendung des Gleichheitssatzes, Art. 3 Abs. 1 GG	177
3. Versicherungsschutz für Wege zur Nahrungsaufnahme außerhalb des häuslichen Bereichs	179
a. Im Lichte der Schutzzwecke der Wegeunfallversicherung	179
b. Unter Beachtung des Gleichheitssatzes, Art. 3 Abs. 1 GG	184
4. Bewertung und Fazit	186
VI. Kindergartenwege aus dem Homeoffice	187
1. Grundlagen der Versicherung von Wegeunfällen	187
a. Die Voraussetzungen des § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII	187
b. Schutzzweck und Rechtsgründe der Versicherung von Wegeunfällen	189
2. Wegeabweichung zur Unterbringung von Kindern, § 8 Abs. 2 Nr. 2 lit. a SGB VII	192
3. Das Verbringen von Kindern in fremde Obhut bei häuslicher Tätigkeit	194
a. Keine direkte oder analoge Anwendbarkeit des § 8 Abs. 2 Nr. 2 lit. a SGB VII	194
b. Bedürfnis einer Korrektur	195
VII. Unfallversicherungsschutz bei Tätigkeit im Homeoffice und Diskriminierungsverbot	199
B. Arbeitsunfall und mobile Arbeit	204
I. Begriff, Bedeutung und Umfang mobiler Arbeit	204
II. Mobile Arbeit im Wohnbereich des Beschäftigten	206
a. Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	206
b. Zurechnung zur Risikosphäre des Unternehmers aufgrund der Betriebsrisikolehre und des sozialen Schutzprinzips	210
III. Mobile Arbeit außerhalb der Privatwohnung des Beschäftigten	211
C. Arbeitsunfall und ständige Erreichbarkeit	212
I. Facetten der Erreichbarkeit: Begriffe und Relevanz	212
II. Unfall während der bloßen Verfügbarkeit	215
1. Rufbereitschaft	215
2. Arbeitsbereitschaft und Bereitschaftsdienst	217
3. Ständige Erreichbarkeit im engeren Sinne	218

Inhaltsverzeichnis

III. Unfall bei tatsächlicher Arbeitserbringung während der Erreichbarkeit	219
D. Lösungs- und Regelungsvorschläge zum Unfallversicherungsschutz bei entgrenzter Arbeit	220
I. Fortentwicklung der Auslegungspraxis und klarstellende Ergänzung des Normtextes hinsichtlich der Bedeutung des Orts der Tätigkeit und der Rufbereitschaft	220
1. Festschreibung des Unfallorts als bloßes Indiz	220
2. Klarstellung des Versicherungsschutzes der Rufbereitschaft	223
II. Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf Wege von und zu Kinderbetreuungsstätten bei häuslicher oder mobiler Arbeit durch Gesetzesänderung	225
Kapitel 4: „Umgekehrte“ Entgrenzung: private Tätigkeiten am Arbeitsplatz	227
A. Notwendigkeit einer Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf nicht berufliche Tätigkeiten	227
B. Beamtenrechtlicher Dienstunfall bei privater Tätigkeit im Vergleich	229
I. Überblick über die Dogmatik des § 31 Abs. 1 BeamtVG	229
II. Illustration der unterschiedlichen Abgrenzung von Privat- und Berufssphäre anhand der aktuellen Rechtsprechung	234
1. Anhand der Schullandheim-Entscheidungen	234
a. Relevanz und Kontext der Entscheidungen	234
b. Entscheidungsgründe im Vergleich	235
c. Folgerungen	237
2. Anhand der Garagenfälle	239
3. Zwischenergebnis	240
III. Die Entwicklung des Dienstbanns aus den Grundprinzipien der Unfallfürsorge	241
1. Von tätigkeitsbezogenen zu räumlich-zeitlichen Zuordnungskriterien	241
a. Die Abgrenzung nach der tatsächlichen Verrichtung	241
b. Ort und Zeit des Unfalls als maßgebliche Kriterien	243
c. Dogmatische Einordnung des „Dienstbanns“	245

2. Begründung des Fokus auf räumlich-zeitliche Kriterien als Konsequenz des Schutzzwecks der Unfallfürsorge	248
a. Sinn und Zweck der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge	248
b. Unzulänglichkeiten dieses Begründungsansatzes	250
3. Begründung des Fokus auf räumlich-zeitliche Kriterien als Konsequenz der Rechtsgründe der Unfallfürsorge und des Beamtenstatus	252
a. Die Besonderheiten des Beamtenstatus gegenüber dem Arbeitsverhältnis	252
b. Maßgeblichkeit der Statusunterschiede bei der Einführung der Unfallfürsorge	255
c. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn im Gegensatz zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	258
d. Der Betriebsrisikogedanke im Beamtenrecht	260
e. Zwischenergebnis: Die physische Gefahrherrschaft des Dienstherrn als ausreichendes Zuordnungskriterium	262
C. Regelungsvorschlag: Vertragskonformes privates Verhalten während der Arbeit als versicherte Tätigkeit	263
I. Keine Möglichkeit der Bewältigung mithilfe anerkannter Zuordnungskriterien	263
1. Keine Subsumtion unter den Versicherungstatbestand	263
2. Keine Anwendbarkeit von räumlich-zeitlichen Koinzidenzregeln im Sinne eines Betriebsbanns	264
2. Betriebssport, Gemeinschaftsveranstaltungen, unerhebliche Unterbrechungen	266
II. Regelungsvorschlag: Privates Verhalten während der Arbeit als versicherte Tätigkeit	268
Schluss	272
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	272
B. Vorschlag zur Neufassung des § 8 SGB VII	274
Literaturverzeichnis	277

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere/r Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Z)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Z)
AN	Amtliche Nachrichten des RVA
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Z)
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell (Z)
ArbRB	Arbeitsrecht im Betrieb (Z)
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung
ArbuR	Arbeit und Recht (Z)
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
ATSG	Allgemeiner Teil des Sozialversicherungsrechts (Schweiz)
ArbuR	Arbeit und Recht (Z)
Aufl.	Auflage
AZV	Arbeitszeitverordnung
BAnz	Bundesanzeiger
BAuA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BayBeamtVG	Bayrisches Beamtenversorgungsgesetz
BB	Betriebs-Berater (Z)
BBG	Bundesbeamtenengesetz
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründung
Beil.	Beilage
Besch.	Bescheid
Beschl.	Beschluss
BG	Die Berufsgenossenschaft, jetzt: BPUVZ (Z)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Das Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Abkürzungsverzeichnis

BPUVZ	Zeitschrift für betriebliche Prävention und Unfallversicherung (Z)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungssammlung des BSG
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVG	Bundesversorgungsgesetz
DAR	Deutsches Autorecht (Z)
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb (Z)
DBG	Deutsches Beamten gesetz
ders.	derselbe
DGUV	Spitzenverband Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
dies.	dieselbe/n
Diss.	Dissertation
djb	Deutscher Juristinnenbund
djbz	Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes
DJT	Deutscher Juristentag
DÖD	Der öffentliche Dienst (Z)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Z)
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRV	Deutsche Rentenversicherung (Z)
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt (Z)
ebd.	ebenda
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Entsch.	Entscheidung
Erl.	Erläuterung
ErsDiG	Ersatzdienstgesetz
et al.	et alia
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Z)
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen des RVA (Z)
f.	folgende
FD-SozVR	Fachdienst Sozialversicherungsrecht (Z)
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
G.	Gesetz
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht

GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Z)
Hrsg.	Herausgeber
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des/der
i.V.m.	in Verbindung mit
IAO	Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
insb.	insbesondere
JA	Juristische Ausbildung (Z)
jM	juris Monatszeitschrift (Z)
jurisPR	juris PraxisReport (Z)
JuS	Juristische Schulung (Z)
JURA	Juristische Ausbildung (Z)
JZ	Juristenzeitung (Z)
KJ	Kritische Justiz (Z)
KrV	Kranken- und Pflegeversicherung (Z)
lit.	littera
Ls.	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MedSach	Der medizinische Sachverständige (Z)
Mio.	Million/en
Nb.	Number
NJW	Neue juristische Wochenschrift (Z)
Nr./Nrn.	Nummer/n
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Z)
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report (Z)
Nw.	Nachweis(en)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Z)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Z)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Z)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Z)
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht (Z)
OGH	Oberster Gerichtshof Österreichs
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PersR	Der Personalrat (Z)
PflegeVG	Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit
RBG	Reichsbürgergesetz
RdNr	Randnummer
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen

Abkürzungsverzeichnis

RGZ	Entscheidungen des RG in Zivilsachen
RiA	Recht im Amt (Z)
Rn.	Randnummer
RVA	Reichsversicherungsamt
RVG	Reichsversorgungsgericht
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
s.u.	siehe unten
SDL	Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft (Z)
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung
soep.v 31	Sozio-ökonomisches Panel, Daten der Jahre 1984-2014
sog.	sogenannt/e/er/es
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
str.	strittig
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
SVGVwV	Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des SVG
SVLFG	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
SVR	Schweizer Versicherung (Z)
u.	und
u.a.	und andere
UK	United Kingdom
U.S.	United States
Urt.	Urteil
UVG	Deutsches Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884
UVV	Verordnung über die Unfallversicherung (Schweiz)
v.	vom
VersR	Versicherungsrecht (Z)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Z)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Z)
VwGO	Verwaltunggerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift(en)
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
WzS	Wege zum Sozialrecht (Z)
Z	Zeitschrift
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis (Z)
z.B.	zum Beispiel

Abkürzungsverzeichnis

ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht (Z)
ZESAR	Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (Z)
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien (Z)
ZEW	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
ZfF	Zeitschrift für Familienforschung (Z)
ZfPR	Zeitschrift für Personalvertretungsrecht (Z)
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Z)
ZfSH/SGB	Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis (Z)
ZIAS	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht (Z)
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht (Z)
ZNR	Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte (Z)
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht (Z)

